

Starke Stimme im Bund: die bayerischen Landrätinnen und Landräte unterwegs in Berlin

Vieles, was direkten Einfluss auf das Leben und die Rahmenbedingungen in den bayerischen Landkreisen hat, wird in Berlin entschieden. Da die Kommunen aber mit Blick auf ihre besondere Nähe zum Bürger nicht nur das umsetzen wollen, was andere beschließen, sondern auch bereits vor geplanten Gesetzesinitiativen und Projekten ihr kommunales Know-how einbringen möchten, ist der regelmäßige Austausch mit den Verantwortlichen vor Ort unerlässlich. Entsprechend fand die letzte Landrätetagung nicht wie sonst üblich in einem der 71 bayerischen Landkreise, sondern in Berlin statt. Rd. 60 Landrätinnen und Landräte haben drei Tage lang mit den höchsten Vertretern der Bundesregierung und dem Bundestag um die besten Lösungen für Bayerns Landkreise gerungen.

Reform der Grundsteuer

Los ging es im Bundesministerium der Finanzen. Die Kommunen finanzieren einen großen Teil ihrer Aufgaben und damit ihren Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Bayerns aus eigenen Steuereinnahmen, aus ihrem Anteil an wichtigen Steuerquellen und über den kommunalen Finanzausgleich, für den der Freistaat zuständig ist. In zahlreichen Fragen sind sie auf eine kommunalfreundliche (Finanz-)Politik des Bundes angewiesen. Mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz haben sie deswegen intensiv das neue Grundsteuer-Modell, das Ende der kommunalen Mitfinanzierung der Deutschen Einheit und die vom Bund geplante Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ab 1.1.2021 diskutiert.

Die heutige Grundsteuer muss bis Ende 2020 reformiert werden, ansonsten ist sie verfassungswidrig. Für die Kommunen ist das deswegen so brisant, weil die Einnahmen aus der Grundsteuer eine unverzichtbare kommunale Finanzierungsquelle sind. Allein für Bayern betragen die Einnahmen aus der Grundsteuer 1,8 Mrd. €. Bundesweit sind es 14 Mrd. €.

Problem der aktuellen Grundsteuer ist, dass diese auf der Grundlage veralteter Werte (1.1.1935 (Ost) bzw. 1.1.1964 (West)) berechnet wird. Zum zukünftigen Grundsteuer-Modell gibt es unterschiedliche Haltungen. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen favorisieren das Flächenmodell, das die Wohn- und Grundstücksfläche bei der Berechnung heranzieht. Daneben gibt es noch das Bodenwert-Modell und das Kostenwert-Modell.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat den bayerischen Landkreisen bei ihrem Besuch in seinem Ministerium die Unterstützung einer kommunal- und bürgerfreundlichen Lösung gleichermaßen garantiert. Dies würde bedeuten, dass die Kommunen auch weiterhin mit den bisherigen Einnahmen rechnen könnten.

Ende der kommunalen Mitfinanzierung der Deutschen Einheit

Auch an anderer Stelle ist Druck im Kessel. Über die erhöhte Gewerbesteuerumlage finanzieren die Kommunen seit 25 Jahren die Deutsche Einheit mit. 2020 soll damit Schluss sein und die bayerischen Kommunen um mehr als 800 Mio. € pro Jahr entlastet werden. Bundesweit sind es 3,5 Mrd. €. Diese Mittel werden vor Ort dringend für Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäuser, ÖPNV-Investitionen und Straßen gebraucht. Gegenüber Bundesfinanzminister Scholz

haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte ihrem Unmut über die Bestrebungen einzelner Bundesländer, von diesem Ende abzurücken, Luft gemacht. Sie sind dabei auf offene Ohren gestoßen und haben nicht nur das geltende Recht auf ihrer Seite – denn in Art. 6 des Solidarpaketfortführungsgesetzes vom 20.12.2001 (BGBl S. 3955) wurde das gesetzliche Ende der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2020 bereits fixiert – sondern auch im Bundesfinanzminister einen gewichtigen Fürsprecher.

Umsatzsteuerpflicht der Kommunen

Auch die ab 2021 voraussichtlich geltende Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand wurde mit dem Bundesfinanzminister diskutiert. Wenn die Kommunen ihre hoheitliche Gewalt ausüben, sind sie nicht steuerpflichtig. Anders sieht dies schon heute aus, wenn sie wirtschaftlich tätig werden. Mit dem ab 1.1.2021 geltenden Umsatzsteuergesetz würde die kommunale Steuerpflicht noch weiter ausgeweitet werden. Hilfsgeschäfte (Verkauf von Kopien, Mobiliar, Fahrzeugen), wettbewerbsrelevante hoheitliche Tätigkeiten (Überlassung von Parkplätzen), Tätigkeiten im Rahmen von nicht begünstigten Beistandsleistungen und Tätigkeiten mit geringem Umfang sollen steuerpflichtig werden. Das trifft vor allem auch die bisherige Zusammenarbeit der Landkreise mit den örtlichen Sportvereinen. Diese konnten bisher gegen eine Miete die Schulsporthallen für ihre Zwecke nutzen – eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Denn so wurden die Hallen rund um die Uhr genutzt. Die Kommunen wurden dabei nicht umsatzsteuerpflichtig, wenn sie Einnahmen von 35.000 € jährlich nicht überschritten. Mit dem neuen Umsatzsteuergesetz soll diese Grenze jetzt aber auf 17.500 € gesenkt werden. Damit werden die Kommunen umsatzsteuerpflichtig und ein enormer Verwaltungsaufwand in den Landratsämtern, aber auch in den Finanzämtern ausgelöst.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz versprach, eine Rückkehr zur Grenze von 35.000 € zu prüfen. Die Landräte vertrauen bei seiner Entscheidung auf seine eigene langjährige kommunale Erfahrung und damit das Wissen um die Bedeutung der Vereine für ein buntes gesellschaftliches Zusammenleben.

Erhalt der medizinischen Grund- und Regelversorgung in der Fläche

Von den übergeordneten Ebenen die Mittel zu bekommen, die für die Erledigung der kommunalen Aufgaben unerlässlich sind, ist gerade im medizinischen Bereich ein Dauerthema. Nicht refinanzierte Tarifsteigerungen im Personalbereich und Gesetzesinitiativen, welche zu Lasten des ländlichen Raumes gehen, sind nicht nur ein Ärgernis, sondern eine echte Gefährdung. Hinzu kommen immer größere Schwierigkeiten, die Mitarbeiter in der Pflege, aber auch im ärztlichen Bereich, überhaupt noch zu finden. Bereits in den zurückliegenden Jahren haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte deswegen alle zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisiert, um die Versorgung in der Fläche vor dem Schlimmsten zu bewahren. Umso wichtiger war es ihnen, am 9. Oktober mit dem Bundesgesundheitsminister in den direkten Dialog treten zu können.

Dieser nutzte seinerseits den Termin ebenfalls, um für seine Positionen zu werben. Was ihn mit den bayerischen Landkreisen eint, ist das Streben nach einer bestmöglichen Qualität für die Patienten. Die Landkreise wollen dabei eines nicht: „einen einzigen“ von Berlin auferlegten Weg, ohne die jeweiligen Besonderheiten in

16 verschiedenen Ländern zu beachten. Zum Verdruss der kommunalen Vertreter gingen in jüngster Zeit viele Beschlüsse aus Berlin zu Lasten der kleineren Häuser, die gerade in Bayern für die Grund- und Regelversorgung in der Fläche eintreten. So wurden unter anderem Mengenaspekte, also die Anzahl der medizinischen Fälle, mit der Qualität gleichgesetzt. Der Bundesminister räumte aber ein, dass Qualität durchaus auch in kleineren Häusern erreicht werden kann. Er bekannte sich, bei der im kommenden Jahr erneut anstehenden Qualitätsdiskussion nicht pauschal zwischen großen und kleinen Krankenhäusern unterscheiden und Kriterien entwickeln zu wollen, die nachvollziehbar und auch messbar sind.

Auch bei der Kosten-Erlös-Schere gab es Klärungsbedarf. Viele Krankenhäuser leiden seit Jahren unter der Finanzpolitik der Krankenkassen. Diese bildeten Tarifsteigerungen im Personalbereich nicht in den Budgets der Häuser ab. Entsprechend starteten diese in jedes neue Haushaltsjahr bereits mit roten Zahlen. Nicht nur im Koalitionsvertrag war die vollständige Refinanzierung enthalten gewesen, sondern Bundesgesundheitsminister Spahn hatte dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags im Frühsommer zudem zugesichert, zukünftig die Tarifsteigerungen refinanzieren zu wollen. Im Oktober bekannte er sich aber erst einmal nur noch zur Refinanzierung der Tarifsteigerungen im Bereich der Pflege. Diese sind aber längst nicht der größte Personalkostenblock in den Krankenhäusern. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, forderte deswegen gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen, dass sich die von der Bundespolitik bereits zugesicherte Berücksichtigung der Tarifsteigerungen bei der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser nicht allein auf die Pflegekräfte beziehen dürfe. Auch die Tarifsteigerungen für die anderen Berufsgruppen an Krankenhäusern müssten ausgeglichen werden, da ansonsten weitere Betriebskostendefizite anfielen.

Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern

Die Flüchtlingskrise hat die Kommunen im ganzen Bundesgebiet weit über ihre Grenzen gefordert. Gemeinsam mit vielen Mitstreitern vor Ort mussten die Landratsämter diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe schultern. Im ersten Schritt ging es um die Unterbringung von Hunderttausenden von Geflüchteten. Heute stellt sich die Frage, wie die heimische Bevölkerung in Zukunft mit Migration umgehen kann. Mit Blick auf Grenzen der Integrationsfähigkeit und auch der Überlastung der aufnehmenden Gesellschaften stehen gerade im Bereich der Entwicklungspolitik heute Antworten darauf im Vordergrund, wie sich die Lebensbedingungen in den Ländern vor Ort so verändern müssen, dass die Menschen die lebensgefährliche Reise nach Europa erst gar nicht antreten. Am 9. Oktober folgten die bayerischen Landrätinnen und Landräte deswegen gerne der Einladung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller, MdB, um unter anderem über die Strategien des Bundes zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu sprechen.

„Rd. 66 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Die Hälfte davon sind Kinder. In ihrer Heimat herrschen Krieg, Gewalt und Unterdrückung. Die politischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind instabil. Es fehlt ihnen an allem. Der Klimawandel verschärft diese Situation noch. Die Flüchtlingskrise war für alle Bürger in der Bundesrepublik eine sehr harte Zeit. Auch die Entwicklungsländer müssen einen immensen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise leisten. Rd. 86 Prozent der Flüchtlinge werden von Entwicklungsländern aufgenommen. Diese

brauchen unsere Unterstützung, um selbst nicht zu kollabieren. Eine Kernaufgabe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist deswegen die Bekämpfung der Fluchtursachen. Die Menschen müssen Perspektiven und Chancen bekommen. Darum müssen wir uns alle bemühen“, so der Bundesminister.

Mit alle meint der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch die Kommunen. Er hat deswegen im Rahmen des Austausches mit viel Leidenschaft für ein stärkeres Engagement der Landkreise geworben. Einige – wie Donau-Ries oder auch Lindau – haben sich bereits auf den Weg gemacht.

Landrat Stefan Rößle hat den Landkreis Donau-Ries deutschlandweit mit seinem Engagement in der kommunalen Entwicklungshilfe bekannt gemacht. Getreu dem Motto „Aus dem Regionalen für das Regionale“ werden mit Spenden von Unternehmen aus der Region und von Privaten Projekte in den ärmsten Regionen der Welt möglich gemacht. Schwerpunkte sind die Stärkung der Bildung und der Bau von Schulen vor Ort. 26 Schulen konnten in den zurückliegenden Jahren bereits realisiert werden. Auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist von diesem Ansatz überzeugt: „Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung und Fortschritt.“

Die Initiative wurde zwischenzeitlich sogar vom Deutschen Landkreistag, Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund aufgegriffen und wird natürlich von Bundesminister Dr. Müller unterstützt. „1000 Schulen für unsere Welt“ heißt das gemeinsame Projekt, mit dem Fluchtursachen bekämpft und die Lebensumstände der Menschen verbessert werden sollen.

Unterstützung seitens der Bundestagsfraktionen

Eine solide fachliche Zusammenarbeit mit den Ministerien ist die eine Seite einer erfolgreichen Politik für den ländlichen Raum. Ebenso wichtig ist aber auch der direkte Austausch mit denjenigen, welche die Gesetze überhaupt erst auf den Weg bringen und damit kommunales Handeln entscheidend prägen. Zwischen den Landrätinnen und Landräten und ihren jeweiligen kreisansässigen Bundestagsabgeordneten bestehen seit jeher enge Bande. Aber auch der Dialog mit Fraktionsvorsitzenden und Landesgruppenchefs gehört dazu.

Umso erfreuter war die bayerische Delegation am 10. Oktober im Bundestag, Ralph Brinkhaus, MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag, treffen zu können. Darüber hinaus waren alle Landesgruppenchefs und bayerischen Abgeordneten am Abend in die Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund geladen.

Sowohl der neu gewählte Chef der größten Fraktion im Deutschen Bundestag Ralph Brinkhaus als auch der im Umgang mit den bayerischen Landräten erprobte Landesgruppenchef Dobrindt ließen keine Zweifel an ihrem Wissen um die Arbeit und das Gewicht der Kommunen. Obwohl Brinkhaus selbst aus Nordrhein-Westfalen stammt, wo die Strukturen nicht wirklich mit Bayern vergleichbar sind, hatte er insbesondere Verständnis für die bayerischen Sorgen im Krankenhausbereich. Im Kampf um die Flächenversorgung empfahl er, das Gehen neuer Wege in Betracht zu ziehen und noch deutlicher gegenüber dem Bund aufzutreten. Dass eine Region ohne Krankenhaus nicht nur die medizinische Grund- und Regelversorgung verliert,

sondern einen Standortfaktor, davon war er überzeugt. Die Menschen würden ganz genau hinschauen, wie es um die Lebensqualität in den Gemeinden, Städten und Landkreisen bestellt sei und würden sich bewusst für eine Heimat entscheiden. Vom Verlust eines Krankenhauses wären somit nicht nur diejenigen betroffen, die medizinisch versorgt werden müssen, sondern auch die Unternehmen, die die Fachkräfte brauchen.

Bei Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag, rannten die Landrätinnen und Landräte ohnehin offene Türen ein, was die Förderung ländlicher Regionen betrifft. Ebenso wie sein Nachfolger im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Bundesminister Andreas Scheuer, MdB, der sich am 10. Oktober ebenfalls weit über eine Stunde Zeit für die Sorgen der Landräte genommen hatte, steht er voll hinter deren Forderungen im Mobilfunkbereich. Im Rahmen der 5G-Frequenzvergabe verlangt der Bayerische Landkreistag verbindliche Auflagen zur flächendeckenden Mobilfunkversorgung gerade auch des ländlichen Raums. „Wir erwarten, dass die Vorgabe des Koalitionsvertrags „Neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung“ zügig umgesetzt wird“, so Landkreistagspräsident Bernreiter im Gespräch.

Die Mobilfunkversorgung, flächendeckende Breitbandnetze auf Glasfaserbasis bis 2025, der Erhalt der medizinischen Versorgung, soziale Fragen und vieles mehr wurde auch im Rahmen des Parlamentarischen Abends bei der Vertretung des Freistaats Bayern diskutiert. Die Staatskanzlei hatte es dem Bayerischen Landkreistag ermöglicht, die Räumlichkeiten zu nutzen. So hatten die bayerischen Landrätinnen und Landräte die Chance, mit allen bayerischen Mandatsträgerinnen und -trägern ins Gespräch zu kommen. Auch die Landesgruppenchefs der Bundestagsfraktionen, Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag, Martin Burkert, MdB, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Klein, MdB, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe der FDP im Deutschen Bundestag und Dr. Anton Hofreiter, MdB, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, gaben starke Statements auf der Bühne ab und versprachen den bayerischen Kommunen Rückendeckung.

Abgerundet wurde der Abend durch regionale Köstlichkeiten aus Passau und der Rhön. Die Hausbrennerei Penninger und die Rhön GmbH waren eigens für den Parlamentarischen Abend angereist und werden allen Gästen in bester Erinnerung bleiben.

Herausfordernde Gespräche mit dem Ausschuss für Gesundheit

Im Austausch mit den Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit erschien die Gesundheitspolitik des Bundes am 11. Oktober 2018 dann in größerer Ferne von dem, was im ländlichen Raum gebraucht wird. Die immer wieder seitens der Ausschussmitglieder vorgebrachten Zentralisierungsstrategien wie in Dänemark konnten die bayerischen Landrätinnen und Landräte nicht überzeugen, weil sie in einem Flächenland wie Bayern ganz einfach keine Grund- und Regelversorgung eines jeden Bürgers garantieren können. Die Kommunalpolitiker aus Bayern sind zwar durchaus offen für Strukturdiskussionen, aber eben nur solche, die auch nachhaltig garantieren können, dass jeder Bürger behandelt wird, wenn er Hilfe braucht.

Ein versöhnlicher Abschluss mit der Bundeskanzlerin

Versöhnlicher gestimmt wurden die Landrätinnen und Landräte dann im Anschluss von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Trotz ihrer zahlreichen Aufgaben in der Bundesrepublik, in Europa und in der Welt, wusste sie ganz genau, wo bei den Kommunen der Schuh drückt. In dem über 2-stündigen Gespräch warb sie bei den Landräten aber auch um Verständnis, dass der Bund im kommunalen Bereich oft nur Zufinanzierer sei und gar nicht die Möglichkeiten hätte, die man bei ihm vermuten würde. Weitere Themen des Austausches waren die gleichwertigen Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, die Entwicklung der Gesellschaft, die Fachkräftezuwanderung und der Zustand des Finanzmarktes. Präsident Bernreiter bedankte sich bei der Bundeskanzlerin, dass sie gerade gegenüber den Landkreisen in der Vergangenheit immer Wort gehalten habe. Beispielhaft dafür nannte er im Rahmen der Flüchtlingskrise ihren erfolgreichen Einsatz für eine Erstattung der Unterkunftskosten.